Ausgabe 06
MRZ 23

DISSIDENZ

ZEITUNG DER DISSIDENTENFRAKTION IM RATHAUS

des Arts +++ Foyer des Arts +++ Foyer des Arts +++ Foyer de
VON BULLERBÜ
NACH BABYLON
++ Foyer des Arts +++ Foyer des Arts +++ Foyer des Arts +++

EDITORIAL

Als kleinste Fraktion im Stadtrat gelingt es den DISSIDENTEN nicht immer mit ihren Positionen an die breite Öffentlichkeit vorzudringen. Natürlich schreiben auch wir Pressemitteilungen, produzieren den regelmäßig erscheinenden Podcast NACHSCHLAG, bespielen die sogenannten Sozialen Medien und drucken nicht zuletzt dieses Medium, was Sie hier lesen: die DISSIDENZ.

Doch allen Mühen in der Verbreitung und Bekanntmachung unserer Anträge zu den verschiedensten Themen zum Trotz, passierte es im Zuge der Fertigstellung dieser Ausgabe mal wieder, dass die Presse über einen Antrag ganz besonders eifrig berichtete: das „Oben-Ohne-Baden" für alle zu ermöglichen. Der Antrag, geschrieben von den dissidentischen Piratinnen Anne Herpertz und Stephanie Henkel, fordert eine zeitgemäße Badekleiderordnung, die nicht nach Geschlechtsmerkmalen diskriminiert.

Vielleicht sollten die DISSIDENTEN damit beginnen, jeden ihrer Anträge mit einem „Oben-Ohne"-Zusatz zu versehen. Dann würden womöglich die Anträge zu „Oben-Ohne-Mieter*innenbeiräte bei der WID" oder „Oben-Ohne-Bewohnerparkgebühren" ein deutlich größeres Presse-Echo vernehmen lassen.

Die Redaktion

Link zum Antrag
diss.news/obenohne

MILCHGLÄSERNE VERWALTUNG

Dresdens Verwaltung soll transparenter werden

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Und wenn sie dann einmal ausgegangen ist, wohnt sie den Regierungen, Gerichten und den Verwaltungen dieses Landes inne. Damit ihr oberster Dienstherr, ebenjenes Volk, auch weiß, was die von ihnen Delegierten tagtäglich treiben, gibt es vermehrt Rufe nach einem transparenten Staat. Die Stichworte lauten „Informationsfreiheit" (IF) und „Transparenz". Doch was bedeuten diese teils sperrigen, teils vagen Begriffe?

Beide Instanzen zielen auf das Recht des Staatsvolkes ab, sich über Vorgänge in der Verwaltung selber ein Bild zu machen, also Daten über alle denkbaren Verwaltungsabläufe von den staatlichen Stellen zu bekommen. Die sogenannten Transparenzgesetze gehen weiter als die Informationsfreiheitsgesetze, da bei ersteren nicht nur Informationen von Bürgerinnen angefragt werden dürfen, sondern die Behörden aktiv und selbstständig Daten auf einer zentralen Plattform für alle Interessierten einsehbar veröffentlichen sollen. Transparenz soll nun auch in Sachsen eingeführt werden, denn seit 2023 hat Sachsen („Endlich!" müsste man ausrufen, denn neben Bayern und Niedersachsen war es das letzte Bundesland ohne) ein Transparenzgesetz.

Soweit die Theorie. In der Realität der Informationsfreiheit zeigt sich ein anderes Bild. Eine Statistik von „Frag den Staat", ein gemeinnütziger Verein für Informationsfreiheit und auch sehr wichtige Anlaufstelle für Bürgerinnen mit Informationsinteressen, besagt, dass von 1124 in Sachsen gestellten Anfragen lediglich 24 % erfolgreich waren. Nicht selten kommt es vor, dass Behörden – und nicht nur in Sachsen! – die drei beliebten Ausreden ins Feld führen: „Die Daten haben wir nicht", „Die Daten dürfen wir nicht freigeben" und „Das macht viel zu viel Arbeit". Folglich gibt es zahlreiche Fälle, in denen die Anfragenden leer ausgehen, wenn sie nicht gewillt sind den (meist teuren) Klageweg zu gehen und ihre Informationen juristisch einzufordern.

Das sächsische Transparenzgesetz hat zudem einen weiteren, schwerwiegenden Kritikpunkt: Die Kommunen sind komplett ausgenommen von der Pflicht, Informationen öffentlich zu machen. Erst durch einen Beschluss der jeweiligen Gemeindevertretung (in Dresden: Der Stadtrat) kann sich eine Gemeinde zur „transparenzpflichtigen Stelle" erklären und damit auch auf kommunaler Ebene Transparenz herstellen. Es hängt also vom Willen der Kommunen ab. Nun gibt es in den 418 Gemeinden des Freistaats lediglich zwei Orte in den zumindest schon Informationsfreiheit gilt: Leipzig und Dresden (beide seit 2012). Ob sie zudem auch noch transparenzpflichtige Stelle werden, ist noch offen. In Dresden, wie in Leipzig, laufen gerade Anträge im Stadtrat, um dies durchzusetzen.

Der DISSIDENTEN-Antrag (siehe DISSIDENZ Nr. 5) dazu hat bereits eine Reaktion der Verwaltung hervorgerufen – und er verheißt nichts gutes für die Transparenz. In einer gemeinsamen, von Finanzbürgermeister Donhauser unterzeichneten Erklärung haben sich folgende Stellen geäußert: die Stadtkämmerei (hütet das Geld), das Rechtsamt (hütet die Einhaltung der Gesetze), der Eigenbetrieb IT Dienstleistungen (hütet die Computer) und die Stabstelle Digitalisierung (hütet die Faxgeräte). Tenor: „der Antrag wird abgelehnt". Das ist schon deshalb völlig illegitim, da immernoch der Stadtrat Anträge abzulehnen hat und nicht die Verwaltung. Und auch in der Begründung finden sich die üblichen Ausreden: „Mehrkosten", „Mehraufwand" und „das geht sie gar nichts an". Aber auch völlig absurde Verweise auf einen Bericht des Verfassungsschutzes, man würde mit Transparenz „Spionage" Vorschub leisten, sind in vollem Ernst zu Papier gebracht. Eine typisch sächsische Rechtsvorstellung, möchte man sagen. Die DISSIDENTEN werden darum alles tun, was möglich ist, um der Verwaltung dennoch Transparenz zu verordnen. Denn alle Staatsgewalt geht immer noch vom Volke aus.

Stellungnahme zum Kommentar der Verwaltung:
diss.news/spionage

Zentrum Interkultureller Verständigung Dresden

Ein Gastbeitrag von Tom Keiling

Seit 2017 in Dresden umtriebig unterwegs, sind wir ein Verein, der eher außerhalb des Rampenlichts agiert. Unsere Arbeit teilt sich in drei Bereiche: soziale Beratung und Begleitung für Geflüchtete und Anwohner*innen, Aufklärungs- und Vernetzungsarbeit sowie das Projekt Direkthilfe, welches mit Hilfsgüterlieferungen unterstützt, wie zur Flutkatastrophe oder in der Ukraine. Wir fördern die Verständigung zwischen den Menschen und bauen Vorurteile ab. Dabei machen wir keine Unterschiede zwischen Nationalität, Hautfarbe, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung oder anderer Diversitäten.

Leider müssen wir immer wieder erleben, wie Vorurteile durch Fake News oder unvollständige Meldungen gestärkt werden. Dies wird durch eine Politik befeuert, die sich vor allem im ländlichen Raum nicht mit den Bedürfnissen der Menschen auseinandersetzt. Diesen Fokus setzen wir uns betreuen vorrangig den ländlichen Raum um Dresden. Wir möchten langfristig ein Gemeinschaftszentrum aufbauen, das ein Ort der Begegnung ist, Zuflucht vor Gewalt bietet und an dem Menschen ihre eigenen Ideen umsetzen.

Unser großes Ziel ist es, vom Ich zum Wir zu kommen, gemeinsam für eine gerechtere Welt, im Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung. Wir sind dabei immer auf der Suche nach Menschen, die uns unterstützen und ihre Ideale bei uns verwirklichen wollen!

STADTRATS SPLITTER

„Meine Damen und Herren, es geht nicht darum etwas zu verhindern. Wissen sie was wir wollen? Ich sags ihnen ganz kurz:
Wir wollen 6 Millionen Ficks."

So beschreibt Torsten Nitzsche von der Fraktion „Freie Wähler" ihr Finanzierungsziel im Streit um die City-Herberge in der Stadtratssitzung vom 2. März. Wir halten fest: Da haben sich die Freien Wähler aber ganz schön viel vorgenommen.

PRIMA KLIMA

Ein Bericht über den neuen Klimabeirat von Michael Schmelich

Schön wär's, wenn das Klima prima wäre. Auch in Dresden sind die Hausaufgaben weder erledigt, noch so richtig angefangen worden. Das Dekarbonisierungskonzept der SachsenEnergie, mit dem eine klimaneutrale Energieversorgung beschrieben werden soll, verharrt noch in der Warteschleife. Bei der Verkehrswende steht nicht nur die Autolobby buchstäblich auf der Dauerbremse. Zur Wärmedämmung und energetischen Sanierung schweben viele gute Ideen im Raum, die nach Realisierung lechzen. Auch bei Industrie, Handel und Handwerk scheint noch viel Luft nach oben möglich zu sein.

Um die Tatkraft der Kommune und der Stadtgesellschaft CO2-frei anzuheizen, hatte die DISSIDENTEN-Fraktion erfolgreich im Stadtrat beantragt, eine zentrale Strategiekoordination beim Oberbürgermeister einzurichten und einen Klimabeirat, der die Stadt in allen Fragen des Klimaschutzes berät, auf den Weg zu bringen. Dirk Hilbert unterstützte diese Vorschläge, der Stadtrat beschloss sie mit Mehrheit.

Auf erfreuliche Reaktionen stieß diese Initiative bei vielen Aktiven. Von der Umwelt-Kommission der TU Dresden, über Fridays for Future oder der „Letzten Generation", bis hin zur Naturfreundejugend beteiligten sich Vertreter an zwei abendlichen Diskussionsrunden, in den Aufgaben und Zusammensetzung des Klimabeirates erörtert wurden. Natürlich, darüber bestand Einigkeit, müssen auch die Klimainitiativen in diesem Beirat angemessen vertreten sein. Auch besteht Einigkeit darin, dass Wissenschaft und Vertreter*innen der Wirtschaft einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Klimapolitik auf kommunaler Ebene leisten können. Wie am Ende dieses Gremium zusammengesetzt sein wird, muss der Stadtrat entscheiden. Einen konkreten Vorschlag haben die Dissidenten auf den Tisch gelegt. Das Ziel, Dresdens Klimaneutralität bis 2035 zu ermöglichen, wie es der Stadtrat beschlossen hat, mag ambitioniert klingen, ist aber, angesichts der notwendigen Schritte zur Eindämmung des Klimawandels und Verhinderung der Katastrophe, alternativlos.

IMPRESSUM

Herausgeberin:	**Dissidenten Fraktion im Stadtrat Dresden**
Kontakt:	Rathaus, Raum 1/052 Dr.-Külz-Ring 19 01067 Dresden Telefon: 0351 4881131 dissidenten-fraktion@dresden.de
Redaktion:	Tom Rodig (V.i.S.d.P.), Michael Schmelich, Max Aschenbach
Gestaltung:	Agentur Grafikladen, Dresden
Produktion:	Rathausdruckerei, 1000 Stück
Im Internet:	**www.dissidenten-fraktion.de**
Bildnachweise:	S. 1: Max Aschenbach, S. 3: DISSIDENTEN Fraktion

Die PARTEI

ANWOHNERPARKEN *TEURER MACHEN!*

Seit 2022 fordern die DISSIDENTEN eine Erhöhung der Gebühren für Bewohnerparkausweise.
Begründung: Die Gebühren sind im bundesweiten Vergleich enorm niedrig. Die Fraktion hat in ihrem Antrag bereits einen Vorschlag gemacht, wie man die Preise angemessen berechnen könnte: Grundlage sollen die Bodenwerte und Kosten der Straßen für die Stadt sein.

Im Durchschnitt bezahlen Anwohnende ca. 30 EUR/Jahr für das Recht im sog. „Bewohnerparkgebiet" ihr Auto abzustellen. Unter Einbeziehung des Wertes und der Kosten für eine 12 qm Stellfläche (soviel benötigen bspw. SUVs) wird deutlich, dass ein Parkplatz die Stadt bis zu 1000 EUR/Jahr kostet.

Die aktuell erhobenen Gebühren sind also ein echtes Schnäppchen. In Freiburg beispielsweise kostet das Bewohnerparken im Durchschnitt 360 EUR.

Da der Autoverkehr immernoch einen viel zu hohen Ausstoß an CO2 verursacht, fordern die DISSIDENTEN eine Erhöhung der Gebühren, auch um mehr Menschen zu einem Umstieg auf den ÖPNV oder das Rad zu motivieren und vor allem die klaffenden Finanzierungslücken bei der DVB zu schließen, und somit einen der wichtigsten Grundlagen für eine nachhaltige Verkehrswende zu legen.

DAS GESCHWÄTZ VON GESTERN

Bis zu 5.000 Wohnungen soll die stadteigene „Wohnen in Dresden“ (WID) von der Vonovia käuflich erwerben. Das hatte der Stadtrat auf Initiative der DISSIDENTEN-Fraktion am 10. Juni 2021 beschlossen. In den anschließenden Verhandlungen zwischen Stadt und Konzern einigte man sich mehr oder weniger willkürlich auf eine Zahl von 3.000 Wohnungen. Allerdings fiel die Zahl der dann tatsächlich angebotenen Objekte am Ende deutlich höher aus. Fraglos sind nicht alle Immobilien, von denen sich der Konzern trennen möchte, für einen Ankauf geeignet und Haushaltsmittel sind begrenzt.

Nun besteht die große Chance, den historischen Fehler des 2006 erfolgten Ausverkaufs der städtischen WOBA, zumindest teilweise, zu korrigieren. Das ist auch notwendig, denn spätestens 2036 laufen 10.000 Belegungsrechte der Stadt für mietpreisgebundene Wohnungen bei der Vonovia aus. Die Begrenzung auf 3.000 Wohnungen wollte nun die SPD aufheben lassen, zumal der Stadtrat für den Ankauf von bis zu 5.000 votiert hatte. Getreu dem Motto, „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ wurde der Antrag am 23. März vom Rechts-Mitte-Block des Stadtrats abgelehnt.

Mehr dazu im Podcast
diss.news/nachschlag22

KEIN KNAST FÜRS SCHWARZFAHREN

Wer ohne Ticket in Bus oder Bahn unterwegs ist, muss ein “erhöhtes Beförderungsentgeld” bezahlen, wenn man erwischt wird. Soweit, so normal. Allerdings ist das sogenannte “Schwarzfahren” nicht nur eine Ordnungswidrigkeit, sondern nach §265a StGB eine Straftat. “Erschleichung einer Leistung” nennt sich das – und wenn man die Strafe nicht bezahlen kann: dann geht man in den Knast!

Die Justiz wird dadurch verstopft und kann sich nicht mit sinnvolleren Dingen beschäftigen. Und schließlich kostet uns alle als Gesellschaft jeder einzelne Knasttag über 150 EUR. Und wofür? Dafür, dass wir im Wesentlichen die schwächsten und ärmsten Menschen für ein 2,70-EUR-Vergehen ins Gefängnis werfen.

Dabei wäre es für uns als Stadt einfach, diesen Missstand zu beenden: Die DVB müsste einfach aufhören, die Menschen strafrechtlich anzuzeigen. Sie sind sowieso mit Gerichtsvollzieher, Schufa und Mahngebühren genug bestraft. Die DISSIDENTEN werden hierzu bald einen Vorstoß machen, damit in Dresden niemand mehr wegen 2,70 EUR ins Gefängnis muss.

In Bremen bereits Realität
diss.news/keinknast

ENTNAZIFIZIERUNGS-ENDGEGNER

Prominent platziert, legt die Dresdner Versammlungsbehörde auf gut zehn Seiten dar, warum sie wenig gegen „PEGIDA & Co.“ machen könne, da die „grundrechtlich verbrieften Freiheiten“ gesinnungsunabhängig sind und jeder noch so obskuren Minderheit zustehen.

Diese Freiheiten gelten jedoch anscheinend nicht für die Satirepartei Die PARTEI. Als diese am 13. Februar unter dem Titel „OPERATION Trümmerfetisch - Traditionelles Entnazifizierungsbombardement“ mit Bomberkostümen aus Pappe und Knallerbsen demonstrieren wollte, berief sich die Versammlungsbehörde kurzerhand auf die „ungeschriebenen Regeln“, mutmaßte über verletzte Gefühle, witterte zudem eine „Gefahr für die Öffentliche Ordnung“ und verbot kurzerhand jede „Handlung, Äußerung oder Darstellung“ des „rituellen Entnazifizierungsbombardements“.

Und so verteidigte die Versammlungsbehörde ihren schlechten, entnazifizierungsfeindlichen Ruf. Die PARTEI klagt nun vor dem Verwaltungsgericht.

Link zur Meldung:
diss.news/nazisbomben

AUTOLOS ZUR KLAUSURTAGUNG

*Wenn die DISSIDENTEN zur Klausur fahren, benutzt die **Fraktion des „klischeehaften Autohasses“** (T. Wirtz) natürlich den ÖPNV! Diesmal ging es ins tschechische Teplice - und zwar mit dem PlusBus. Der fährt nämlich von Dresden Hbf in nur 1,5 Stunden und ohne Umstieg ins Nachbarland. Credo der Linienbusreise: **„No border, no nation - Public transportation!“***